

Volksbewegungen unterstützen statt MigrantInnen bekämpfen

Während die französische Aussenministerin noch kurz vor dem Sturz des Diktators Ben Ali angeboten hatte, französische Polizisten nach Tunesien zu schicken, um den Volksaufstand und die Forderung nach Demokratie effizienter und weniger Aufsehen erregend zu bekämpfen, wollte Italien einen Monat später seine Polizisten in das nordafrikanische Land schicken, um zu verhindern, dass Tunesierinnen und Tunesier nach Europa migrieren.

Als erstes nordafrikanisches Land hatte Tunesien 1999 unter dem Ben-Ali-Regime mit Italien ein Abkommen zur Flüchtlingsabwehr geschlossen und seither dafür gesorgt, dass die Menschen nicht nach Europa ausreisen konnten. Europas Regierungen waren dem Potentaten dankbar, er half mit, afrikanische Migration zu verhindern und die Festung Europa für viele unerreichbar zu machen. Italien baute in Tunesien Abschiebungshaftanstalten und rüstete das Regime zur Grenzabschottung aus.

Mit dem Sturz der Diktatur sind auch diese Repressionsmechanismen zusammengebrochen. Tunesierinnen und Tunesier haben nun seit langem erstmals die Möglichkeit, ihr Land zu verlassen. Mehrere Tausend haben dieses Recht auf Bewegungsfreiheit wahrgenommen. Derweil planen die Regierungen der europäischen Länder millionenschwere Ausgaben für neue Repressionsmassnahmen – damit, wenn schon nicht die Ausreise, dann zumindest die Einreise nach Europa verhindert werden kann. Unterdessen nimmt Tunesien Zig-Tausende Flüchtlinge aus Libyen auf.

Wenn der Umbruch im Maghreb mit dem Mauerfall von 1989 verglichen wird, mag das für den Volksaufstand stimmen. Nicht aber für Westeuropas Unterstützung der Bevölkerung und seine Aufnahmebereitschaft von Flüchtlingen.

SOLIFONDS
Quellenstrasse 25
Postfach
CH-8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37
Fax 044 272 11 18
mail@solifonds.ch
www.solifonds.ch
PC 80-7761-7

Unterstützungsaktion

«Nicht mehr schweigen – Solidarität!»

Der Volksaufstand im Maghreb braucht unsere Unterstützung



14. Januar: In Tunesien zwingt das Volk Diktator Ben Ali zur Flucht.

Foto: Z. Souissi/REUTERS

«Arbeit ist ein Recht, kein Almosen!»; «Freiheit!»; «Nicht mehr schweigen!»; «Innenministerium = Terroristenministerium»; «Brot und Wasser! Ben Ali hau ab!» Die Politstrategen in Europa und den USA haben nicht schlecht gestaunt, als mit solchen Slogans vorwiegend junge Demonstrierende die Diktaturen in Nordafrika ins Wanken gebracht haben und nicht die von ihnen beschworenen Islamisten. Plötzlich war «Demokratie» in aller Munde.

In den von politischer Unterdrückung und Korruption geprägten Ländern gab und gibt es für die Bevölkerungsmehrheit kaum eine Perspektive. Die Machthaber haben sich zu alleinigen Nutzniessern der wirtschaftlichen Reichtümer der Länder gemacht, Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot haben den Alltag der Menschen geprägt. Als die Grenzen zur EU und damit auch zur Schweiz immer dichter gemacht wurden, war auch die Möglichkeit weg, durch Migration dieser Perspektivlosigkeit zu entkommen; die Explosion war eine Frage der Zeit.

Im Dezember begann der Massenaufstand in Tunesien, der sich schnell auf zahlreiche arabische Länder ausgedehnt hat. Der langjährige Herrscher Ben Ali floh mit seiner Familie und plötzlich war aus dem umworbenen Freund des Westens ein Diktator geworden, dessen Konten auf Schweizer und europäischen Banken blockiert werden mussten.

Nachdem die Menschen in Ägypten Präsident Mubarak zum Rücktritt gezwungen haben, verhandelt die Militärregierung mit den Grossmächten hinter den Kulissen die Zukunft des Landes. Geostrategische Interessen – Suez-Kanal, Israel – stehen dabei im Vordergrund, nicht die Forderungen der Bevölkerung nach Brot, Arbeit oder Existenz sichernden Löhnen. Fordern die Menschen dies mit Streiks ein, dann werden sie zur Gefahr für die Demokratie gestempelt.

Ob erfolgreich, wie in Tunesien oder Ägypten, oder offen, wie in Algerien, Libyen und anderen arabischen Ländern, überall in dieser Region hat die Bevölkerung einen Demokratisierungsprozess angestossen, in dessen Zentrum politische Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung stehen. Um diesen Prozess zu stärken, ist unsere Solidarität gefordert.

Hofiertes Unterdrückerregime

«Die tunesische Börse war im letzten Jahrzehnt einer der besten Finanzplätze im Nahen Osten», schrieb die NZZ am 24. Januar 2011. Dies, bis der Diktator Zine al-Abidine Ben Ali von den Volksbewegungen zum Teufel gejagt wurde und die Börse abstürzte. Bis dann wurde Tunesien auch vom Weltwirtschaftsforum (WEF) gepriesen.

Als Stärke des Landes hob das WEF in seinem letztjährigen Bericht für globale Wettbewerbsfähigkeit die effizienten Regierungsinstitutionen des Ben-Ali-Regimes hervor. Auf den Ranglisten zur Investorenfreundlichkeit wurde Tunesien weitgehend positiv eingestuft und gelangte auf Platz 32 (von 139 Ländern). Bei der Frage, wie viel Vertrauen Politikerinnen und Politiker genießen, schnitt die Diktatur aus Perspektive des Weltwirtschaftsforums besser ab als manche westeuropäische Länder: Tunesien landete drei Plätze hinter der Schweiz auf Rang 15. Zum Vergleich: Deutschland war auf Platz 29, Frankreich auf Platz 31 und Italien auf Platz 110. Auch bei der Frage nach Korruption stufte das Weltwirtschaftsforum das Ben-Ali-Regime als kaum problematisch ein: Mit Rang 20 war Tunesien vor Frankreich (25) und Italien (77) platziert.

Bedauert hat das WEF hingegen «rigide Regulierungen» im tunesischen Arbeitsmarkt. Anders ausgedrückt: dass Unternehmer die Löhne nicht nach Belieben nach unten drücken konnten. Von der hohen Arbeitslosigkeit war nicht die Rede. Auch nicht von Repression, Unterdrückung, Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen.

Gehuldigt wurde der tunesische Polizeistaat bekanntlich nicht nur von Investoren. Auch unter westlichen Regierungen schien ein Konsens zu bestehen, das Ben-Ali-Regime nicht als Diktatur zu bezeichnen – bis der Potentat ins Wanken geriet. Dann änderte sich die Sprachregelung schlagartig – und weil der Diktator nun auch so hiess, sperrte der Bundesrat die Gelder Ben Alis und seiner Entourage. Darunter die des tunesischen Nestlé-Verwaltungsratspräsidenten, von Bankern, Hoteliers, Medienbesitzern und Immobilienhändlern, die noch kurz zuvor hofiert worden waren. Auf der Rangliste des Weltwirtschaftsforums zum ethischen Verhalten von Firmen war Tunesien auf Platz 29 gelandet.

Tunesien – Keine Demokratie ohne Gleichberechtigung

«Die aktuelle Situation in Tunesien ist sehr komplex. Sicher, das Volk ist erleichtert über den Weggang der Familie. Ein Hauch von Freiheit weht über mein Land, und im Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern zu den staatlichen Institutionen sind grundlegende Veränderungen im Gang. Aber der Aufbau der Demokratie und eines Rechtsstaats ist aus verschiedenen Gründen schwierig.

Da sind mal die oppositionellen Kräfte, die sich in der Frage der Legitimität der Übergangsregierung oder der politischen Prioritäten nicht einig sind. Sie befinden sich immer noch eher in einer Protestphase, als dass sie die Initiative übernommen hätten. Und das in einer Situation, in der die seit 1956 regierende Partei des Ex-Präsidenten RCD (Rassemblement constitutionnel démocratique) immer noch im ganzen Land ihren Einfluss hat und die Fäden zieht. (...)

Dann sind da jene Frauen und Männer, die die Revolution angeführt haben, alles junge Menschen, vor allem aus den ländlichen Regionen. Zu Recht haben sie den Eindruck, dass sie um die Früchte ihrer Revolution gebracht werden. Auch das schafft Spannungen. Noch ist das Land nicht ruhig, und das beeinflusst auf negative Weise die wirtschaftliche Situation. Das gibt zu denken, denn erneut werden die am meisten Benachteiligten die Zeche bezahlen.»

Die Demokratiebewegung steht vor enormen Herausforderungen, das zeigt diese Analyse von Bochra Belhadj Hmida, Expräsidentin der feministischen Organisation ATFD (Association Tunisienne des Femmes Démocrates) von Mitte Februar. Und mit einer Frauendemonstration am 29. Januar hat ATFD deutlich gemacht, dass die Frauen in einem neuen Tunesien die gleichen Rechte haben wollen wie die Männer. «Es gibt keine Demokratie ohne vollständige Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen», sagt Belhadj. Seit vielen Jahren kämpft die ATFD zusammen mit anderen Organisationen für Demokratie. Jetzt ist der Moment, dieses Ziel gemeinsam zu verwirklichen, trotz der erwähnten Schwierigkeiten.

ATFD ist eine der Organisationen, mit denen der SOLIFONDS in Kontakt steht und eine mögliche Unterstützung diskutiert. Dazu kommen die Organisation der Arbeitslosen UDC (Union des Diplômé-e-s Chômeurs/euses), die die Revolution in Tunesien angestossen haben, sowie engagierte Gewerkschaftskreise. Sie alle sind von den Ereignissen überrascht worden und sind jetzt daran, ihr weiteres Vorgehen und ihre Strategie zu definieren. Es wird für den Demokratisierungsprozess in Tunesien entscheidend sein, dass diese Kräfte Unterstützung erhalten. Der SOLIFONDS ist dran.



«Es lebe die Freiheit» – «Freiheit, Demokratie, Laizistischer Staat» – «Endlich frei». Die tunesische Volksbewegung schreibt (Wand-)Geschichte.

Bilder: L. Larbi/REUTERS

Algerien – Die Demokratiebewegung lässt sich nicht stoppen



«Nicht mehr schweigen – Solidarität»: Algerische DemonstrantInnen solidarisieren sich mit dem Volksaufstand in Tunesien und fordern eine Demokratisierung auch in ihrem Land. Foto: SNAPAP

Am 12. Februar knüppelten 30'000 algerische Polizisten eine Demonstration von 3'000 AnhängerInnen der «Nationalen Koordination für Veränderung und Demokratie» (CNCD) brutal nieder. Doch bereits für die darauf folgende Woche rief die CNCD erneut zu einer Kundgebung auf. Angesichts dieses Drucks kündigte die Regierung von Präsident Bouteflika an, sie wolle den 20-jährigen Ausnahmezustand aufheben, Wohnungen bauen, Arbeitsstellen schaffen und die Verwaltung reformieren – als hätten alle diese Massnahmen nicht schon längst ergriffen werden können. Doch diese Schritte genügen der CNCD, in der sich Menschenrechts- und Frauenorganisationen, autonome Gewerkschaften, Verbände der Studierenden und Quartierkomitees zusammengeschlossen haben, bei weitem nicht.

Wie in Tunesien fordert eine breite Volksbewegung die Demokratisierung des Landes. Dazu gehören die Medienfreiheit und die uneingeschränkten Handlungsmöglichkeiten für unabhängige Gewerkschaften und politische Parteien. Konflikte sollen nach rechtsstaatlichen Prinzipien geregelt werden und nicht durch den Einsatz von Gewalt und Korruption. Die Volksbewegung fordert zudem die Freilassung von politischen Gefangenen, soziale Gerechtigkeit und Arbeit.

Die sozialen Probleme sind enorm und werden durch Korruption und die Bereicherung der Machtelite verschärft. Die Hälfte der Bevölkerung in Algerien ist jünger als 27 Jahre, und auch wenn die Arbeitslosigkeit offiziell mit 10 Prozent angegeben wird, haben die meisten jungen Menschen kein Einkommen. Sie können sich keine eigene Wohnung leisten und damit nicht heiraten. Bis anhin blieb vielen nur die Frustration, allenfalls die Migration.

Der Umsturz im Nachbarland hat seit Januar auch in Algerien zu einer breiten Mobilisierung in vielen Städten geführt, die gewaltsam unterdrückt worden ist. Die Machthaber – Militärführung und Regierung – versuchen weiterhin, diese Situation mit Repression und kleinen Zugeständnissen unter Kontrolle zu halten. Durch die Ereignisse in Tunesien und Ägypten sind sie gewarnt. Die algerische Demokratiebewegung ihrerseits gibt nicht klein bei, dazu kämpft sie schon zu lange gegen das Regime. Sie ist aber auf eine starke internationale Solidarität angewiesen – auch durch den SOLIFONDS, der seit längerem mit den autonomen Gewerkschaften, einer der wichtigsten Exponentinnen der Demokratisierungsbewegung, in direktem Kontakt steht.

«Nicht mehr schweigen – Solidarität»

**Die Volksbewegungen im Maghreb
zählen auch auf uns.**

Togo – Freie Gewerkschaftswahlen gefordert

Nach dem Tod von Diktator Gnassingbé Eyadéma 2005 teilten dessen Söhne die Kontrolle über Wirtschaft und Politik in Togo unter sich auf. Der Bevölkerung wurden soziale Rechte und mehr Demokratie in Aussicht gestellt. In der Realität hat sich aber nichts geändert. Im Gegenteil, die Kosten in allen Lebensbereichen, insbesondere auch jene für Grundnahrungsmittel, sind in den letzten Jahren dauernd und zum Teil massiv gestiegen. Als dann im Juni 2010 die Benzinpreise um 20 Prozent erhöht wurden, kam es zu spontanen Demonstrationen. Zusammen mit zwei Menschenrechtsgruppen und KonsumentInnenorganisationen gab die Gewerkschaft der Holz- und BauarbeiterInnen (FTBC) diesen Protesten eine Stimme. Die Gewerkschaftszentralen blieben derweil stumm. Schlimmer noch, der Generalsekretär der FTBC erhielt von ihnen einen Rüffel für sein Engagement, Ausdruck der Verquickung von Staatsmacht und Gewerkschaftsspitzen.

Für die FTBC ist es deshalb wichtig, dass nun endlich die in der Verfassung vorgesehenen freien Wahlen (élections sociales) für die RepräsentantInnen der Gewerkschaften in den Betrieben und in den tripartiten Staatskommissionen durchgeführt werden. Damit kann demokratisch bestimmt werden, wer die Arbeitenden vertritt und die Gewerkschaften werden ihrer Basis gegenüber stärker rechenschaftspflichtig, ein wichtiges Moment der Demokratisierung auch innerhalb der Gewerkschaften.

Die FTBC führt deshalb eine nationale Kampagne für freie Gewerkschaftswahlen durch. Als erstes will sie damit Druck auf die Regierung ausüben, damit diese die Wahlen endlich durchführt, und zweitens will sie die ArbeiterInnen über die Bedeutung der Wahlen aufklären und mobilisieren.

Die Kampagne sieht intensive Medienarbeit (Zeitungen, Radio, Fernsehen), Flugblatt- und Plakataktionen sowie öffentliche Meetings vor, in der die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Wichtigkeit der Teilnahme an den Gewerkschaftswahlen thematisiert werden. Der SOLIFONDS hat die Kosten dieser Kampagne (Medienarbeit, Druckkosten, Meetings) übernommen. Nach neusten Informationen sollen die Wahlen Ende März / Anfang April stattfinden.

Bangladesh – Gewerkschaftsführerin ist seit Monaten in illegaler Haft und wird misshandelt



Textilarbeiterinnen protestieren gegen Ausbeutung und Repression.

Foto: A. Biraj/REUTERS

Seit über zwei Monaten ist Mushrefa Mishu, Präsidentin der Textilarbeiterinnengewerkschaft GWUF, in illegaler Polizeihaft. Die Verhaftung der Gewerkschaftsführerin geschah wenige Tage, nachdem Textilarbeiterinnen mit Massenprotesten gefordert hatten, dass der versprochene erhöhte Mindestlohn ausbezahlt werde. Eine Erhöhung hatte die Regierung Bangladeshs nach monatelangen Protesten Mitte 2010 in Aussicht gestellt. Der Hintergrund: Die über drei Millionen Textilarbeiterinnen arbeiten unter prekärsten Bedingungen und zum weltweit tiefsten Industrielohn. Nach Massenprotesten versprach die Regierung eine Erhöhung des Mindestlohns auf umgerechnet 42 US-Dollar pro Monat – etwas mehr als der Hälfte dessen, was nötig ist, um die grundlegenden Lebenskosten zu decken. Seit November galt der neue Mindestlohn, viele Unternehmer bezahlten jedoch noch immer tiefere Löhne. Deshalb gingen die Arbeiterinnen im Dezember erneut auf die Strasse. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Proteste, erschoss vier Demonstrierende und verletzte Hunderte.

Kurz danach wurde Mushrefa Mishu verhaftet. Mitten in der Nacht tauchte rund ein Dutzend Polizisten in ziviler Kleidung bei der Gewerkschaftsführerin auf und nahm sie fest, ohne dass ein Haftbefehl vorlag. Während die Polizei ihre Festnahme zuerst abstritt, lag in den Tagen darauf eine konstruierte Anklage vor. Mishu, die an Asthma und einer Wirbelsäulenverletzung leidet, durfte ihre Medikamente nicht mitnehmen. Dadurch und durch Misshandlung in Polizeigewahrsam verschlechterte sich ihr Gesundheitszustand rapid, so dass sie wenige Tage später nur gestützt von Polizisten in den Gerichtsraum gelangen konnte und während der Anhörung zusammenbrach. Seither befindet sie sich im Spital – umgeben von Polizisten und ohne die nötige Behandlung. Nach dem Spitalaufenthalt soll sie erneut ins Polizeirevier gebracht werden. Eine Freilassung auf Kautions wird laut einem Richter nicht gewährt, weil der Druck der Textilunternehmer zu gross sei.

Die Gewerkschaft GWUF steht seit der Verhaftung Mishus unter enormem Druck. Für den Gerichtsprozess allein sind täglich Kosten angefallen, die ihre Möglichkeiten übersteigen. Mit einer Kampagne versucht die GWUF, die Freilassung von Mishu Mushrefa zu erreichen. Der SOLIFONDS unterstützt die GWUF darin und hat zudem mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund den Bundesrat zum Handeln aufgefordert sowie Online-Protestaktionen initiiert (siehe Link auf www.solifonds.ch).

Impressum:

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt», getragen vom Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB, von der SP Schweiz, dem Schweiz. ArbeiterInnenhilfswerk SAH und den Mitstifterorganisationen: Afrika-Komitee, AAB Südliches Afrika, Erklärung von Bern, Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika FEPA, Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Nicaragua- und El-Salvador-Komitees, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Saharaische Volk, terre des hommes Schweiz, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien.

Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann | Druck: printset, Zürich

No Vox – Karawane von Ouagadougou nach Dakar

«No Vox» ist ein Netzwerk von sozialen Bewegungen und Organisationen, die gegen jede Art von Unterdrückung und Diskriminierung Widerstand leisten. Zusammen mit andern, und unterstützt vom SOLIFONDS, organisierte «No Vox» die «Caravane der Sans»: Mehr als 500 VertreterInnen von Obdachlosen, Erwerbslosen, Landlosen verliessen am 28. Januar Ouagadougou in Burkina Faso, um sich in neun Etappen nach Dakar ans Weltsozialforum zu begeben. Unter dem Motto «Penser, agir, faire vivre les solidarités et la démocratie» griff die Karawane an den jeweiligen Etappenorten Probleme der dortigen Bevölkerung auf, vernetzte sich so mit lokalen Gruppen und mobilisierte weitere Kreise für ihre Kämpfe.

In den Städten standen die Besitzkonzentration an Wohnraum, die hohen Wohnpreise und die Vertreibungen von Obdachlosen im Zentrum der Diskussion. In den ländlichen Ortschaften



«Land ist keine Handelsware» – zentrale Forderung der «No Vox».

Foto: S.Ferarri/E-Changer

unterwegs wurden der verbreitete Einsatz von Gentechnologie, der Kauf von Agrarland durch Agromultis und ausländische Regierungen oder die Ausbeutung der Bodenschätze durch Minenkonzerne kritisiert und Widerstandskampagnen diskutiert.

Migration war das zentrale Thema während der gesamten Karawane. Die Migrationspolitik der Industrieländer beraubt die Menschen in Afrika ihres Rechts auf freie Zirkulation. Diese Politik wird zunehmend von afrikanischen Regierungen angewendet und beeinflusst damit die weit grössere und traditionelle innerafrikanische Migration.

Die Kämpfe der Frauen in Afrika und die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Arbeit der Frauen hatten ebenfalls zentralen Stellenwert.

Ihren Abschluss fand die Karawane auf der ehemaligen Sklaveninsel Gorée, wo die sozialen Bewegungen am 4. Februar die «Charte Mondiale des Migrants» verabschiedeten.